

# Betriebswirtschaftliche Steuerlehre

Band II

2. Halbband

Der Einfluß der Besteuerung  
auf Unternehmenszusammenschlüsse und Standortwahl  
im nationalen und internationalen Bereich

3., völlig neubearbeitete Auflage

von

**Dr. Dr. h. c. Günter Wöhe**

ord. Professor der Betriebswirtschaftslehre  
an der Universität des Saarlandes

TECHNISCHE HOCHSCHULE DARMSTADT	
Fachbereich 1	
<u>Gesamtbibliothek</u>	
<u>Betriebswirtschaftslehre</u>	
Inventar-Nr. :	35.407
Abstell-Nr. :	A 34/416
Sachgebiete:	6.5
	6.5.3

00288231

Verlag Franz Vahlen München

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	V
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XVII

### Erster Hauptabschnitt

#### Der Einfluß der Besteuerung auf die Unternehmenszusammenschlüsse

##### Vorbereitender Teil

I. Allgemeine Charakterisierung der Unternehmenszusammenschlüsse . . . . .	3
1. Begriff und Arten der Unternehmenszusammenschlüsse . . . . .	3
2. Zielsetzungen der Unternehmenszusammenschlüsse . . . . .	5
II. Systematisierung der Unternehmenszusammenschlüsse . . . . .	7
1. Überblick . . . . .	7
2. Systematisierung nach der Intensität des Unternehmenszusammenschlusses . . . . .	8
3. Systematisierung nach der Art der verbundenen Wirtschaftsstufen . . . . .	9
4. Systematisierung nach der rechtlichen Zulässigkeit . . . . .	11
5. Systematisierung nach rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten . . . . .	12
6. Systematisierung nach dem Aktiengesetz . . . . .	12
III. Die allgemeine steuerliche Problematik von Unternehmenszusammenschlüssen (Überblick) . . . . .	16
1. Die steuerliche Problematik inländischer Unternehmenszusammenschlüsse . . . . .	16
2. Die steuerliche Problematik ausländischer Unternehmenszusammenschlüsse . . . . .	18

##### Erster Abschnitt

#### Die Besteuerung der Kooperationsformen

I. Interessengemeinschaften . . . . .	21
1. Begriff und Aufgaben der Interessengemeinschaft . . . . .	21
a) Die Interessengemeinschaft im weiteren Sinne . . . . .	21
b) Die Interessengemeinschaft im engeren Sinne (Gewinngemeinschaft) . . . . .	23
2. Die Besteuerung der Gewinngemeinschaften . . . . .	27
a) Zur Frage der steuerlichen Anerkennung von Gewinngemeinschaften . . . . .	27
b) Die Einkommen- und Körperschaftsteuer . . . . .	29
c) Die Gewerbesteuer . . . . .	33
d) Die Vermögensteuer . . . . .	34
e) Die Umsatzsteuer . . . . .	35
f) Die Gesellschaftsteuer . . . . .	36

II. Gelegenheitsgesellschaften . . . . .	37
1. Arbeitsgemeinschaften . . . . .	38
a) Begriff der Arbeitsgemeinschaft und Abgrenzung zu ähnlichen Kooperationsformen . . . . .	38
b) Die Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen . . . . .	41
c) Die Umsatzsteuer . . . . .	43
2. Konsortien . . . . .	44
a) Begriff und Aufgaben . . . . .	44
b) Steuerliche Probleme der Konsortien . . . . .	45
III. Kartelle . . . . .	46
1. Begriff, Zielsetzungen und rechtliche Regelung . . . . .	46
2. Steuerliche Probleme der Kartelle . . . . .	51
a) Die Kartellsteuerverordnung (1941–1974) . . . . .	51
b) Die Besteuerung nach Aufhebung der Kartellsteuerverordnung . . . . .	52
<b>Zweiter Abschnitt</b>	
<b>Die Besteuerung von Unterordnungskonzernen</b>	
Vorbemerkung . . . . .	57
I. Der Begriff des Konzerns und der steuerlichen Organschaft. . . . .	58
1. Der Konzernbegriff des Aktiengesetzes und seine Voraussetzungen . . . . .	58
2. Der Begriff der steuerlichen Organschaft und seine Voraussetzungen . . . . .	59
3. Der Begriff der wirtschaftlichen Einheit im Aktien- und im Steuerrecht. . . . .	61
4. Die Bedeutung der Organschaft nach Einführung des körperschaftsteuerlichen Anrechnungsverfahrens . . . . .	63
II. Die Entwicklung der Organschaft. . . . .	67
III. Der Anwendungsbereich der Organtheorie . . . . .	69
1. Überblick . . . . .	69
2. Keine Anerkennung eines Organschaftsverhältnisses bei der Vermögensteuer. . . . .	70
a) Steuerliche Auswirkungen, wenn der Organträger Kapitalgesellschaft ist . . . . .	70
b) Steuerliche Auswirkungen, wenn der Organträger Personenunternehmen ist . . . . .	70
c) Vermögensteuerliche Wirkungen von Vermögensverschiebungen zwischen Organträger und Organ . . . . .	72
d) Die Vermögensteuerbelastung der Anteilseigner von Organträger und Organ . . . . .	73
aa) Die Ermittlung des Wertes der Anteile an der Organgesellschaft. . . . .	73
bb) Die Ermittlung des Wertes der Anteile am Organträger . . . . .	74
3. Keine Anerkennung eines Organschaftsverhältnisses bei der Gesellschaftsteuer . . . . .	75
IV. Die Organtheorien . . . . .	77
1. Überblick . . . . .	77
2. Die Einheitstheorie . . . . .	78
3. Die Angestelltentheorie . . . . .	82
4. Die Zurechnungstheorie . . . . .	85
5. Die Bilanzierungstheorie . . . . .	88

V. Voraussetzungen der körperschaftsteuerlichen Organschaft . . . . .	91
1. Unterschiede in den Anforderungen an die Rechtsform der in einem Konzern bzw. durch Organschaft miteinander verbundenen Unternehmen . . . . .	91
a) Anforderungen an die Rechtsform von Konzernunternehmen. . . . .	91
b) Anforderungen an die Rechtsform von Organgesellschaft und Organträger . . . . .	92
aa) Organgesellschaft. . . . .	92
bb) Organträger . . . . .	93
c) Besonderheiten bei Personengesellschaften als Organträger . . . . .	96
d) Besonderheiten bei der GmbH & Co KG als Organträger . . . . .	99
e) Gründe für die Unterschiede in den Anforderungen an die Rechtsform. . . . .	100
2. Geschäftsleitung und Sitz. . . . .	101
3. Die finanzielle Eingliederung i. S. d. § 14 Nr. 1 KStG . . . . .	102
a) Die Höhe der Beteiligung . . . . .	102
b) Unmittelbare oder mittelbare Beteiligung . . . . .	105
4. Die wirtschaftliche und organisatorische Eingliederung i. S. d. § 14 Nr. 2 KStG . . . . .	109
a) Die einheitliche Leitung. . . . .	109
b) Die wirtschaftliche Eingliederung . . . . .	111
aa) Zur Frage der Notwendigkeit dieses Eingliederungsmerkmals. . . . .	111
bb) Die Rechtsprechung zur Frage der wirtschaftlichen Eingliederung . . . . .	114
c) Die organisatorische Eingliederung . . . . .	119
aa) Die Eingliederung kraft Gesetzes . . . . .	120
bb) Sonstige Eingliederungsmerkmale . . . . .	123
cc) Die mittelbare organisatorische Eingliederung . . . . .	126
d) Der Gewinnabführungsvertrag. . . . .	126
aa) Allgemeine Bedeutung für die Körperschaftsteuerbelastung . . . . .	126
bb) Aktienrechtlicher Gewinnabführungsvertrag und körperschaftsteuerliche Organschaft . . . . .	129
e) Das Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse . . . . .	131
VI. Die Ermittlung des dem Organträger zuzurechnenden Einkommens der Organgesellschaft . . . . .	133
1. Allgemeine Grundsätze. . . . .	133
2. Verlustabzug aus der vorvertraglichen Zeit . . . . .	133
3. Internationales Schachtelprivileg . . . . .	135
4. Der handelsrechtlich abzuführende Gewinn und das steuerrechtlich zuzurechnende Einkommen . . . . .	136
a) Die aktienrechtlichen Regelungen . . . . .	136
b) Bilanzpolitische Möglichkeiten der Beeinflussung des zuzurechnenden Einkommens durch den Organträger . . . . .	138
c) Die steuerrechtlichen Regelungen . . . . .	140
d) Freie Rücklagen der Organgesellschaft . . . . .	142
e) Ausgleichszahlungen . . . . .	143
aa) Die aktienrechtlichen Regelungen. . . . .	143
bb) Die steuerliche Behandlung von Ausgleichszahlungen . . . . .	147
5. Die Gliederung des für Ausschüttungen verwendbaren Eigenkapitals bei der Organgesellschaft und dem Organträger . . . . .	150
a) Allgemeines . . . . .	150
b) Die Gliederung des verwendbaren Eigenkapitals beim Organträger . . . . .	151

c) Die Gliederung des verwendbaren Eigenkapitals der Organgesellschaft . . . . .	153
d) Beispiel für die Berechnung und Gliederung des verwendbaren Eigenkapitals bei Organschaftsverhältnissen . . . . .	154
VII. Die Organschaft im Gewerbesteuerrecht . . . . .	158
1. Voraussetzungen und Auswirkungen . . . . .	158
2. Die Berechnung des Gewerbeertrages und Gewerbekapitals von Organträger und Organgesellschaft . . . . .	160
3. Der Einfluß der Hebesätze auf die Gewerbesteuerbelastung des Konzerns. . . . .	162
VIII. Die Organschaft im Umsatzsteuerrecht . . . . .	166
Vorbemerkung . . . . .	166
1. Entwicklung und Bedeutung der Organschaft im Umsatzsteuerrecht . . . . .	166
2. Exkurs: Die Auswirkungen der Organschaft im Allphasen-Bruttoumsatzsteuersystem . . . . .	168
3. Die Auswirkungen der Organschaft im Allphasen-Nettoumsatzsteuersystem . . . . .	172
IX. Das Schachtelprivileg . . . . .	175
1. Begriff, Aufgaben und Entwicklung . . . . .	175
2. Das Schachtelprivileg bei der Vermögensteuer . . . . .	177
a) Aufgaben des vermögensteuerlichen Schachtelprivilegs. . . . .	177
b) Voraussetzungen des vermögensteuerlichen Schachtelprivilegs. . . . .	177
aa) Der Kreis der begünstigten Gesellschaften . . . . .	177
bb) Art und Höhe der Beteiligung . . . . .	178
cc) Die Berechnung des Mindestanteils. . . . .	180
dd) Zeitliche Voraussetzungen . . . . .	181
c) Schulden im wirtschaftlichen Zusammenhang mit einer Schachtelbeteiligung. . . . .	182
d) Zur Kritik der 25%-Grenze . . . . .	184
3. Das Schachtelprivileg bei der Gewerbesteuer . . . . .	185
a) Aufgaben und Anwendungsbereich . . . . .	185
b) Die Beteiligung einer Kapitalgesellschaft an einer Kapitalgesellschaft . . . . .	186
c) Die Beteiligung einer Kapitalgesellschaft an einer Personengesellschaft . . . . .	187
d) Die Beteiligung einer Personengesellschaft an einer Personengesellschaft . . . . .	188
e) Die Beteiligung einer Personengesellschaft an einer Kapitalgesellschaft . . . . .	188
f) Das Schachtelprivileg „über die Grenze“ . . . . .	188
g) Abschließende Kritik . . . . .	189
4. Zusammenfassende Beurteilung des Schachtelprivilegs. . . . .	190

### Dritter Abschnitt

#### Die Besteuerung von Fusionsvorgängen

I. Begriff, Zielsetzungen und Formen der Fusion . . . . .	195
1. Die Begriffe Fusion, Verschmelzung und verschmelzende Umwandlung . . . . .	195

2. Die Ziele der Fusion . . . . .	197
3. Formen der Fusion. . . . .	199
II. Die Durchführung der Fusion . . . . .	200
1. Die Ermittlung und Regulierung des Umtauschverhältnisses . . . . .	200
2. Die Berechnung der bedingten Kapitalerhöhung . . . . .	203
III. Die steuerliche Problematik der Fusion . . . . .	206
1. Überblick . . . . .	206
2. Die steuerliche Behandlung der stillen Rücklagen bei der Fusion . . . . .	207
a) Allgemeine Grundsätze . . . . .	207
b) Der Anwendungsbereich des § 14 UmwStG. . . . .	208
c) Auflösung der stillen Rücklagen bei der übertragenden Körperschaft . . . . .	209
aa) Der Stichtag der steuerlichen Schlußbilanz . . . . .	209
bb) Die Übertragung des Vermögens gegen Gewährung bzw. ohne Gewährung einer Gegenleistung. . . . .	212
cc) Die Besteuerung des Übertragungsgewinns . . . . .	213
d) Übertragung der stillen Rücklagen auf die übernehmende Körperschaft . . . . .	214
aa) Die Voraussetzungen für die Übertragung der stillen Rücklagen . . . . .	214
bb) Die Übertragung des Vermögens ohne Gegenleistung bzw. gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten . . . . .	215
cc) Das Wertansatzwahlrecht der übertragenden Körperschaft . . . . .	216
dd) Der Grundsatz der Buchwertverknüpfung . . . . .	218
ee) Die steuerliche Behandlung des Übernahmegewinns. . . . .	219
e) Das Eintreten in die Rechtsstellung der übertragenden Körperschaft . . . . .	221
f) Die steuerliche Behandlung der außenstehenden Gesellschafter der übertragenden Körperschaft . . . . .	223
g) Vergleich der steuerlichen Behandlung der stillen Rücklagen bei der Fusion durch das UmwStG 1977 und 1969 sowie das KStG a. F. . . . .	225
aa) Allgemeines . . . . .	225
bb) Die Auflösung der stillen Rücklagen der übertragenden Gesellschaft. . . . .	226
cc) Die Übertragung der stillen Rücklagen auf die übernehmende Gesellschaft. . . . .	227
dd) Tabellarische Übersicht über die Wertansätze bei der Fusion von Aktiengesellschaften nach dem UmwStG 1977 und 1969 sowie dem KStG a. F. . . . .	230

**Vierter Abschnitt**

**Ausgewählte Probleme der Besteuerung internationaler Unternehmenszusammenschlüsse**

I. Begriff, Zielsetzungen und rechtliche Gestaltungsmöglichkeiten internationaler Unternehmenszusammenschlüsse . . . . .	237
1. Begriff des internationalen Unternehmenszusammenschlusses . . . . .	237
2. Zielsetzungen internationaler Unternehmenszusammenschlüsse . . . . .	238
3. Rechtliche Gestaltungsmöglichkeiten internationaler Unternehmenszusammenschlüsse . . . . .	240
a) Spitzeneinheit – Grundeinheit – Zwischeneinheit . . . . .	240
b) Tochtergesellschaft – Betriebstätte . . . . .	241

II. Die internationale Doppelbesteuerung und Maßnahmen zu ihrer Vermeidung . . . . .	244
1. Begriff und Problematik der internationalen Doppelbesteuerung . . . . .	244
2. Die Grundprinzipien der Begründung der nationalen Steuerpflicht . . . . .	246
a) Das Souveränitätsprinzip . . . . .	246
b) Totalitätsprinzip und Territorialprinzip . . . . .	247
c) Wohnsitzprinzip und Ursprungsprinzip . . . . .	250
d) Vor- und Nachteile des Wohnsitz- bzw. Ursprungsprinzips . . . . .	251
3. Maßnahmen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung . . . . .	254
a) Überblick . . . . .	254
b) Nationale (unilaterale) Maßnahmen zur Vermeidung der internationalen Doppelbesteuerung . . . . .	256
aa) Die unbeschränkte Freistellungsmethode . . . . .	256
bb) Die Freistellungsmethode mit Progressionsvorbehalt . . . . .	259
cc) Die Anrechnungsmethode . . . . .	263
III. Die Besteuerung inländischer Unternehmenszusammenschlüsse im internationalen Bereich (inländische Spitzeneinheit mit ausländischer Grundeinheit) . . . . .	266
1. Gliederungsmöglichkeiten der auftretenden Besteuerungsfälle . . . . .	266
2. Tochtergesellschaft im Ausland bei Fehlen eines Doppelbesteuerungsabkommens . . . . .	267
a) Gewinnthesaurierung bei der Tochtergesellschaft . . . . .	267
b) Gewinnausschüttung durch die Tochtergesellschaft . . . . .	267
aa) Die deutsche Spitzeneinheit ist eine Personengesellschaft . . . . .	267
bb) Die deutsche Spitzeneinheit ist eine Kapitalgesellschaft . . . . .	270
(1) Die deutsche Spitzeneinheit thesauriert die ausländischen Einkünfte . . . . .	270
(2) Die deutsche Spitzeneinheit schüttet die ausländischen Gewinne aus . . . . .	276
3. Tochtergesellschaft im Ausland bei Bestehen eines Doppelbesteuerungsabkommens . . . . .	277
a) Gewinnthesaurierung bei der Tochtergesellschaft . . . . .	277
b) Gewinnausschüttung durch die Tochtergesellschaft . . . . .	278
aa) Die deutsche Spitzeneinheit ist eine Kapitalgesellschaft . . . . .	278
(1) Die deutsche Spitzeneinheit thesauriert die ausländischen Einkünfte . . . . .	278
(2) Die deutsche Spitzeneinheit schüttet die ausländischen Einkünfte aus . . . . .	278
bb) Die deutsche Spitzeneinheit ist eine Personengesellschaft . . . . .	279
4. Betriebstätten im Ausland bei Fehlen eines Doppelbesteuerungsabkommens . . . . .	279
a) Die deutsche Spitzeneinheit ist eine Kapitalgesellschaft . . . . .	279
aa) Die deutsche Spitzeneinheit thesauriert die ausländischen Betriebstättengewinne . . . . .	279
bb) Die deutsche Spitzeneinheit schüttet die ausländischen Betriebstättengewinne aus . . . . .	280
b) Die deutsche Spitzeneinheit ist eine Personengesellschaft . . . . .	281
5. Betriebstätte im Ausland bei Bestehen eines Doppelbesteuerungsabkommens . . . . .	281
a) Die deutsche Spitzeneinheit ist eine Kapitalgesellschaft . . . . .	281
b) Die deutsche Spitzeneinheit ist eine Personengesellschaft . . . . .	282
c) Die Gewinnzurechnungsmethoden . . . . .	282

6. Pauschalierung der inländischen Steuern auf Auslandseinkünfte . . . . .	283
7. Die gewerbesteuerliche Belastung ausländischer Einkünfte der deutschen Spitzeneinheit . . . . .	285
a) Tochtergesellschaft im Ausland . . . . .	285
b) Betriebstätte im Ausland . . . . .	286
8. Die vermögensteuerliche Belastung von Auslandsvermögen der deutschen Spitzeneinheit . . . . .	287
a) Tochtergesellschaft im Ausland . . . . .	287
b) Betriebstätte im Ausland . . . . .	288

## **Zweiter Hauptabschnitt**

### **Der Einfluß der Besteuerung auf die Standortwahl im nationalen und internationalen Bereich**

#### **Vorbereitender Teil**

I. Die Behandlung der Steuern im Rahmen der Standorttheorie . . . . .	293
II. Die Besteuerung als Standortfaktor im internationalen und nationalen Bereich (Überblick) . . . . .	295
1. Steuerliche Beeinflussung der zwischenstaatlichen Standortwahl . . . . .	295
2. Steuerliche Beeinflussung der innerstaatlichen Standortwahl . . . . .	296
3. Weitere Voraussetzungen für die Wirksamkeit des Steuergfalles als Standortfaktor . . . . .	298

#### **Erster Abschnitt**

##### **Innerstaatliches Steuergfälle als Standortfaktor**

I. Durch das Steuersystem bedingte Steuerdifferenzierungen . . . . .	303
1. Die unterschiedliche Höhe der Realsteuerhebesätze . . . . .	303
2. Steuerdifferenzierungen als Folge dezentraler Finanzverwaltung . . . . .	306
II. Steuerbegünstigungen für den Standort West-Berlin . . . . .	307
1. Zielsetzungen und Entwicklung der steuerlichen Förderungsmaßnahmen für West-Berlin . . . . .	307
2. Vergünstigungen bei der Umsatzsteuer . . . . .	310
a) Überblick . . . . .	310
b) Die Hersteller-Präferenz . . . . .	311
c) Die Abnehmer-Präferenz . . . . .	312
d) Der Kürzungsanspruch für Innenumsätze . . . . .	313
e) Die Mittelstands-Präferenz . . . . .	314
3. Ertragsteuerliche Förderungsmaßnahmen . . . . .	314
a) Überblick . . . . .	314
b) Abschreibungsvergünstigungen . . . . .	315
aa) Erhöhte Absetzungen für abnutzbare Anlagegüter . . . . .	315
bb) Erhöhte Absetzungen für Mehrfamilienhäuser . . . . .	316
cc) Erhöhte Absetzungen für Einfamilienhäuser, Zweifamilienhäuser und Eigentumswohnungen . . . . .	316
dd) Steuerliche Anerkennung des negativen Kapitalkontos des Kommanditisten nach § 15 a BerlinFG . . . . .	316
c) Steuerermäßigungen für Darlehen zur Finanzierung von betrieblichen Investitionen und Baumaßnahmen . . . . .	317
d) Investitionszulagen . . . . .	319

e) Steuererleichterungen und Arbeitnehmervergünstigungen . . . . .	320
aa) Tarifiermäßigung bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer. . .	320
bb) Die Arbeitnehmerzulage . . . . .	323
III. Steuerbegünstigungen für Standorte in den Zonenrand- und Ostgrenz-	
gebieten. . . . .	324
1. Entwicklung und Zielsetzungen der Förderungsmaßnahmen. . . . .	324
2. Das Zonenrandförderungsgesetz (Überblick) . . . . .	326
3. Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Förderungsmaßnah-	
men . . . . .	328
a) Begünstigter Personenkreis und begünstigte Investitionen . . . . .	328
b) Bagatellinvestitionen . . . . .	329
c) Der Kreis der begünstigten Wirtschaftsgüter . . . . .	329
d) Die Prosperitätsklausel. . . . .	332
e) Die Verlustklausel. . . . .	333
4. Die Förderungsmaßnahmen im einzelnen . . . . .	334
a) Überblick . . . . .	334
b) Sonderabschreibungen . . . . .	334
c) Steuerfreie Rücklagen . . . . .	336

## Zweiter Abschnitt

### Zwischenstaatliches Steuergefälle als Standortfaktor

I. Durch die Steuerpolitik geschaffene positive Beeinflussung der Wahl aus-	
ländischer Standorte . . . . .	341
1. Das Auslandsinvestitionsgesetz . . . . .	341
a) Zielsetzungen und Begründung des Gesetzes . . . . .	341
b) Die Bildung einer steuerfreien Rücklage bei Überführung bestimm-	
ter Wirtschaftsgüter ins Ausland (§ 1 AIG) . . . . .	343
aa) Die Problematik der stillen Rücklagen bei der Überführung von	
Wirtschaftsgütern . . . . .	343
bb) Voraussetzungen der Rücklagenbildung nach § 1 AIG . . . . .	343
cc) Die vorzeitige Auflösung der steuerfreien Rücklage . . . . .	344
c) Berücksichtigung von Verlusten ausländischer Betriebstätten . . . . .	345
aa) Zielsetzung und Bedeutung des § 2 AIG. . . . .	345
bb) Voraussetzungen der Verlustberücksichtigung nach § 2 AIG . . .	348
cc) Die Entscheidung zwischen negativem Progressionsvorbehalt	
und § 2 AIG . . . . .	349
d) Berücksichtigung von Verlusten ausländischer Tochtergesellschaften	
. . . . .	352
aa) Zielsetzung und Bedeutung des § 3 AIG . . . . .	352
bb) Voraussetzungen der Rücklagenbildung nach § 3 AIG . . . . .	354
cc) Vorzeitige Auflösung der steuerfreien Rücklage . . . . .	355
e) Die Übertragung stiller Rücklagen auf Anteile an ausländischen Ka-	
pitalgesellschaften . . . . .	356
f) Die Auswirkungen der steuerfreien Rücklagen auf die Vorteilhaftig-	
keit von Auslandsinvestitionen. . . . .	357
2. Das Entwicklungsländer-Steuergesetz . . . . .	358
Vorbemerkung . . . . .	358
a) Zielsetzungen des Entwicklungsländer-Steuergesetzes . . . . .	359
b) Die Entwicklung der steuerlichen Förderung von privaten Kapitalan-	
lagen in Entwicklungsländern . . . . .	360

c) Der letzte Stand der steuerlichen Förderungsmaßnahmen vor ihrer Einstellung . . . . .	362
aa) Die steuerfreie Rücklage . . . . .	362
bb) Die begünstigten Kapitalanlagen . . . . .	362
d) Die Begründung für die Einstellung der steuerlichen Förderung . . . .	363
II. Einschränkung der Möglichkeiten zur Nutzung des zwischenstaatlichen Steuergefälles durch das Außensteuergesetz . . . . .	364
1. Entwicklung, Zielsetzungen und Inhalt des Außensteuergesetzes . . . . .	364
a) Das Problem der sog. Steuerflucht . . . . .	364
b) Maßnahmen zur Beseitigung „ungerechtfertigter“ Steuervorteile bei der Wahl ausländischer Standorte . . . . .	365
c) Inhalt und Ziele des Außensteuergesetzes (Überblick) . . . . .	366
2. Berichtigung von Einkünften aus Geschäftsbeziehungen zwischen inter- national verflochtenen Unternehmen. . . . .	367
a) Zielsetzungen und Anwendungsbereich des § 1 AStG . . . . .	367
b) Die Problematik der „Einseitigkeit“ der Gewinnkorrektur . . . . .	369
c) Voraussetzungen für die Einkunftsberichtigung nach § 1 AStG . . . .	370
d) Die Berichtigung von Einkünften und der Vorteilsausgleich nach § 1 AStG . . . . .	372
e) Die Schätzung der Einkunftsberichtigung nach § 1 Abs. 3 AStG . . . .	373
f) Das Verhältnis von § 1 AStG zu anderen innerstaatlichen Rechtsnor- men. . . . .	374
g) Der Fremdvergleichsmaßstab nach § 1 AStG . . . . .	377
aa) Einzelerfassung oder Gesamtbeurteilung von internationalen Transaktionen. . . . .	377
bb) Möglichkeiten zur Ermittlung angemessener Verrechnungsprei- se. . . . .	378
cc) Die Ermittlung der Verrechnungspreise nach § 1 AStG. . . . .	379
3. Die erweiterte beschränkte Steuerpflicht bei Wohnsitzverlegung in Niedrigsteuerländer . . . . .	382
a) Mögliche Maßnahmen zur Verhinderung der „Steuerflucht“ durch Wohnsitzverlegung in Niedrigsteuerländer . . . . .	382
b) Begriff, Zielsetzung und Umfang der erweiterten beschränkten Steu- erplicht . . . . .	385
c) Voraussetzungen und Auswirkungen der erweiterten beschränkten Steuerpflicht bei der Einkommensteuer . . . . .	388
aa) Persönliche Voraussetzungen . . . . .	388
bb) Der Begriff „Niedrigsteuerland“. . . . .	389
cc) Der Begriff „wesentliche wirtschaftliche Interessen im Inland“. .	390
d) Die Berechnung der Steuerschuld bei erweiterter beschränkter Steu- erplicht . . . . .	391
e) Die erweiterte beschränkte Steuerpflicht bei der Vermögen- und Erb- schaftsteuer . . . . .	393
f) Die erweiterte beschränkte Steuerpflicht bei Beteiligung an einer „zwischen geschalteten Gesellschaft“. . . . .	394
4. Die Besteuerung fiktiver Veräußerungsgewinne im Falle des Wohnsitz- wechsels ins Ausland (Vermögenszuwachsbesteuerung) . . . . .	395
a) Inhalt und Zielsetzung des § 6 AStG. . . . .	395
b) Die Problematik der Begründung der Veräußerungsfiktion . . . . .	396
c) Die wirtschaftlichen und steuerlichen Konsequenzen der Veräuße- rungsfiktion. . . . .	398

5. Ausländische Basisgesellschaften als Instrument zur Abschirmung gegen die inländische Besteuerung . . . . .	399
a) Begriff, Aufgaben und Problematik der Basisgesellschaften . . . . .	399
b) Die Voraussetzungen für das Vorliegen einer Zwischengesellschaft . . . . .	401
aa) Überblick . . . . .	401
bb) Mehrheitliche Beteiligung . . . . .	402
cc) Niedrige Besteuerung . . . . .	402
dd) Einkünfte aus passivem Erwerb . . . . .	403
c) Abgrenzung der aktiven von den passiven Einkünften nach § 8 AStG . . . . .	404
aa) Eindeutig aktive Einkünfte . . . . .	404
bb) Nicht eindeutig aktive Einkünfte . . . . .	404
cc) Passive „gute“ Einkünfte nach § 8 Abs. 2 AStG . . . . .	405
d) Gesetzestechnische Einzelheiten zur Realisierung der Durchgriffsbesteuerung bei Zwischengesellschaften (§§ 9–14 AStG) . . . . .	406
aa) Freigrenze für gemischte Einkünfte nach § 9 AStG . . . . .	406
bb) Ermittlung des Hinzurechnungsbetrages . . . . .	407
cc) Kürzung des Hinzurechnungsbetrages um ausgeschüttete Gewinnanteile . . . . .	407
dd) Schachtelprivileg nach § 13 AStG . . . . .	409
ee) Nachgeschaltete Zwischengesellschaften . . . . .	409
Literaturverzeichnis . . . . .	411
Urteilsregister . . . . .	437
Sachverzeichnis . . . . .	441